

Europawahlen 2014 – Ausblick und erste Schritte

Vom 22.-25. Mai findet die achte Direktwahl zum Europäischen Parlament (EP) statt. Über 380 Millionen Wähler in den 28 Mitgliedstaaten der EU haben dann die Möglichkeit, über die Verteilung der 751 Sitze zu entscheiden. Es ist die erste Wahl nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags. Für das Europäische Parlament und die Wahl des Kommissionspräsidenten hat dies nachhaltige Auswirkungen. Erstmals gehen fünf europäische Parteien mit Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten in den Wahlkampf.

Die meisten Prognosen sagen ein enges Rennen um den Wahlsieg voraus. Derzeit liegt die Europäische Volkspartei (EVP) knapp vor den Sozialisten (S&D). Rechts- aber auch linkspopulistische Parteien könnten deutlich an Stimmen gewinnen. Da sich die Fraktionen erst in der letzten Juniwoche konstituieren, könnten sich die Mehrheitsverhältnisse bis dahin noch signifikant ändern. Eine breite, arbeitsfähige Mehrheit wird es im nächsten Europaparlament in jedem Fall geben.

Uneinigkeit gibt es über das Procedere zur Wahl des Kommissionspräsidenten. Vertreter des EP und der Mitgliedstaaten legen den Lissabon-Vertrag unterschiedlich aus.

Hintergrund

Das scheidende Parlament hat 766 Abgeordnete und insgesamt sieben Fraktionen. Stärkste Fraktion ist die EVP mit 274 Abgeordneten, gefolgt von der S&D mit 196 Abgeordneten und den Liberalen (ALDE) mit 83 Abgeordneten. Grüne (Grüne/EFA) und die konservative ECR verfügen über 57 Sitze, die Kommunisten (GUE/NGL) über 35, die aus Euroskeptikern und Rechtspopulis-

ten bestehende EFD verfügt über 31 Sitze. 33 Abgeordnete gehören keiner Fraktion an.

Der Vertrag von Lissabon sieht 751 Sitze vor. Daher werden 12 Mitgliedstaaten Sitze abgeben. Belgien, Bulgarien, Griechenland, Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Portugal, Rumänien, die Tschechische Republik und Ungarn verlieren je einen Sitz. Deutschland wird drei Sitze abgeben und damit statt 99 in der kommenden Legislaturperiode nur 96 Abgeordnete stellen.

Die Wahl selbst findet in den meisten Mitgliedstaaten am 25. Mai statt. Ausnahmen: die Niederlande, das Vereinigte Königreich (22. Mai), Irland (23. Mai), Tschechien (23./24. Mai), Slowakei, Lettland und Malta (24. Mai) und die französischen Überseegebiete (24. Mai). Die Auszählung erfolgt umgehend, erste Ergebnisse dürfen aber erst am Sonntagabend ab 23 Uhr bekannt gegeben werden. Einige Medien haben beispielsweise in den Niederlanden dennoch angekündigt, umfassende Hochrechnungen auf Basis von Wählerbefragungen vorab zu veröffentlichen. Die Wahl wird in allen Ländern als Verhältniswahl durchgeführt, die Wahlsysteme der Mitgliedstaaten sind dennoch unterschiedlich: 12 Länder haben keine Sperrklausel. Davon senden allerdings neun Länder nur 21 oder weniger Abgeordnete ins EP, so dass eine Sperrklausel ohnehin keine Wirkung hätte. In vier Ländern (Belgien, Griechenland, Luxemburg, Zypern) herrscht Wahlpflicht. In 18 Ländern gibt es die Möglichkeit der Vergabe von Präferenzstimmen, die zur Änderung der auf der Wahlliste festgelegten Kandidatenfolge führen kann.

Prognosen

Die meisten Prognosen sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der EVP und den Sozialisten voraus - mit leichten Vorteilen für die EVP (siehe Anhang). Bedeutende Aus-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de/bruessel

nahme: Nach einer am 12. Mai veröffentlichten internen Prognose des Europäischen Parlaments würde die EVP (mit 221 Sitzen) 27 Sitze vor den Sozialisten (mit 194 Sitzen) liegen. Meist werden der EVP in den Prognosen zwischen 210 und 225 Sitze vorhergesagt. Damit würde die EVP, zwischen 40 und 55 Sitzen verlieren. Die Gründe für das im Vergleich zu 2009 zu erwartende schwächere Ergebnis der EVP: In mehreren Ländern, in denen die EVP-Parteien 2009 hervorragende Ergebnisse erzielten (Polen, Spanien, Italien, Ungarn, Rumänien) sind „nur“ gute Ergebnisse zu erwarten. Durch die Reduzierung der Anzahl der deutschen Sitze auf 96 sowie durch die ersatzlose Abschaffung der 5%-Sperrklausel würden in Deutschland selbst dann mehrere Sitze verloren gehen, wenn das CDU-Wahlergebnis von 2009 (37,9%) gehalten werden kann. Für die CDU werden daher 35-38 Sitze (bislang 42) prognostiziert. Dennoch wird die deutsche Delegation voraussichtlich auch nach der Europawahl die stärkste Gruppe in der EVP stellen.

Folgt man den Prognosen, könnten die Sozialisten gegenüber dem schlechten Ergebnis von 2009 um 15-30 Sitze zulegen und eine Gesamtzahl von 195-215 Sitzen erreichen. Den Liberalen werden deutliche Verluste prognostiziert, so dass sie unter Umständen nur noch mit 60-70 Abgeordneten im kommenden Parlament vertreten sein werden. Die Fraktion der Grünen/EFA würde von 57 auf rund 40 -50 Sitze zurückfallen, der von den britischen Konservativen 2009 ins Leben gerufenen ECR werden 40-50 Sitze (derzeit 57) vorhergesagt.

Mit Zugewinnen können links- und rechts-populistische Parteien rechnen: Die linksextrême GUE/NGL könnte aufgrund zu erwartender guter Ergebnisse in Griechenland und Frankreich auf rund 50-55 Sitze (derzeit 35) kommen. Auch antieuropäische, rechtspopulistische/ Parteien können in einigen Ländern mit vermehrtem Zulauf rechnen. Beispielsweise würde die von UKIP (UK Independence Party) angeführte EFD auf rund 40 Sitze kommen. Zweifelhaft ist jedoch, ob sie nach der Wahl in dieser Form weiterbestehen wird. Unklar ist auch, wie sich die Gruppen rechts von der EVP auf-

stellen werden. Derzeit gibt es zwei euroskeptische Gruppen, die ECR und die EFD: Die von den britischen Konservativen angeführte ECR wird wohl auch im kommenden Parlament als Fraktion vertreten sein. Das Gleichgewicht innerhalb der Gruppe könnte aber ins Wanken kommen, wenn die nationalkonservative polnische PiS besser abschneiden sollte als die britischen Konservativen, die bislang seriöses Aushängeschild und treibende Kraft der Gruppe waren. Mit massiven Verlusten muss die bislang stärkste tschechische Partei ODS rechnen, deren neun Abgeordnete ebenfalls Mitglieder der ECR-Fraktion sind.

Bei den Antieuropäern auf der Rechten Seite deuten sich indes Veränderungen an: In der Vergangenheit hat es bereits mehrere Versuche gegeben, die rechtspopulistischen und antieuropäischen Kräfte in einer einzigen Gruppe zu vereinen – bislang ohne nachhaltigen Erfolg. Im kommenden Parlament könnten sich zwei konkurrierende Gruppen in diesem politischen Spektrum bilden. Zum einen könnte eine von der niederländischen PVV des Rechtspopulisten Geert Wilders und dem französischen Front National angeführte Gruppe entstehen (EAF, European Alliance for Freedom), der sich bereits andere rechtspopulistische/ -extreme Parteien angeschlossen haben. Beide Parteien könnten jeweils stärkste Kraft bei den Wahlen in ihren Ländern werden. Beitrittskandidaten des Bündnisses sind die FPÖ, Vlaams Belang, die Lega Nord, die slowakische SNS sowie die Schwedendemokraten. Auf der anderen Seite wird auch die britische UK Independence Party unter Nigel Farage, der den Beitritt zur FN-PVV-Allianz ausgeschlossen hat, versuchen, Bündnisgenossen zu finden. UKIP könnte Sieger der Wahlen in Großbritannien werden.

Für all diese Gruppen besteht die Herausforderung darin, die in der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments verankerten Mindestvoraussetzungen für die Bildung einer Fraktion zu erfüllen: zumindest 25 Sitze aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten, also 7 Ländern. Die PVV-FN-Allianz könnte diese Bedingung erfüllen. Zusammengehalten würde diese Gruppe

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de/bruessel

allerdings durch eine diffuse Abneigung gegen die EU und nicht durch ein gemeinsames Programm. Eine Studie der Organisation VoteWatch ergründete¹, dass die Mitglieder dieser Allianz in der vergangenen Legislaturperiode nur in 50% der Fälle kohärent abgestimmt hätten, ein selbst für das EP äußerst schwacher Wert. Ähnlich schlechte Werte erzielte die von der UKIP angeführte EFD-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode. Der politische Einfluss dieser Fraktionen ist auch aufgrund des uneinheitlichen Abstimmungsverhaltens gering.

Aus mehreren Gründen sind Prognosen zum Ausgang der Wahl mit Vorsicht zu genießen:

1. Die tatsächliche Wahlbeteiligung wird eine entscheidende Rolle spielen. Unklar ist, ob euroskeptische Kräfte ihre Wählerschaft am Wahltag mobilisieren können.
2. Unterschiedliche Berechnungsmethoden für die Sitzverteilung in den Mitgliedstaaten.
3. Die Datenbasis der Umfragen. In mehreren EU-Ländern werden kaum oder keine europawahlspezifischen Umfragen durchgeführt. Die Kalkulationen stützen sich daher teilweise auf die generelle politische Stimmung im Land.
4. Einige Kalkulationen richten sich streng nach der aktuellen Gruppenzugehörigkeit (und weisen daher eine große Gruppe von Fraktionslosen auf), andere kalkulieren dagegen bereits erwartete Beitritte von Parteien zu bestimmten Fraktionen ein. Dadurch ergeben sich teilweise sehr stark divergierende Ergebnisse, insbesondere für die kleineren Fraktionen und für die Fraktionslosen.
5. In mehreren Ländern finden zeitgleich andere Wahlgänge statt: In mehreren deutschen Bundesländern und in Großbritannien finden parallel Kommunalwahlen statt. In

¹ Vote Watch Europe: Front national and PVV vote against each other half of the time, 20 May 2014:

<http://www.votewatch.eu/blog/wp-content/uploads/2014/05/votewatch-europe-end-of-term-scorecard-part-3-far-right-parties-final.pdf>

Belgien wird auch für die Abgeordnetenkammer und die Regionen abgestimmt. Die Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung und das Stimmverhalten sind daher schwer abzuschätzen.

Ein Beispiel für die bedingte Aussagekraft der Prognosen ist auch die Diskrepanz zwischen Umfragen und Ergebnissen bei der vergangenen Wahl: Damals hatten mehrere Umfragen die Sozialisten auf 207 Sitze eingeschätzt, letztlich wurden es aber rund 20 weniger. Der EVP hatte man 249 Sitze vorhergesagt, letztlich erhielt sie 267.

Insgesamt zeichnet sich ab, dass das Europäische Parlament von einem Mitte-Rechtsparlament – EVP, ALDE und ECR verfügen derzeit über eine Mehrheit der Stimmen – zu einem „zentrierten“ Parlament wird, mit gleich großen Blöcken links und rechts der Mitte. Weder EPP, ALDE und ECR noch die linken Gruppen (Sozialisten, Grüne, Linke) werden eine alleinige Mehrheit erreichen können. Grundsätzliche Personal- und Richtungsentscheidungen werden voraussichtlich nur über einen Kompromiss zwischen EVP und Sozialisten erzielt werden können. Anders als in einigen Medien suggeriert, wird das Europäische Parlament auch nach den Wahlen arbeitsfähig sein. Rund 75% der Parlamentarier werden Fraktionen angehören, die bereit sind, sich in die Arbeit des EP konstruktiv einzubringen.

Rückblick auf die Legislaturperiode 2009-2014

Gemessen an den meisten nationalen Parlamenten war die Fraktionsdisziplin auch in der abgelaufenen Legislaturperiode relativ schwach ausgeprägt. Dennoch setzt sich der Trend fort, dass das EP immer weniger eine Summe nationaler Delegationen, sondern ein Parlament mit homogenen politischen Gruppierungen ist. In über 90% der Fälle stimmten die Fraktionen der EVP, der Sozialisten und der Grünen jeweils geschlossen ab. In immerhin rund 88% der Fälle galt das auch für die Liberalen. Selbst die ECR stimmte in 86% der Fälle kohärent ab. Aus dem Rahmen fallen die Fraktionen an den politischen Rändern, die kommunistische GUE/NGL stimmte nur in 78% geschlossen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de/bruessel

die antieuropäische EFD sogar nur zu 50%. Nach wie vor sorgt die große Bandbreite der politischen Strömungen innerhalb der Fraktionen für einen starken Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf.

Die Mehrheitsbildung stellte sich auch im scheidenden EP anders dar als auf nationaler Ebene. Meist haben sich dabei die EVP, die S&D sowie die ALDE auf Kompromisse verständigt. Stärker als früher bildeten sich aber auch Koalitionen entlang ideologischer Linien, insbesondere bei Wirtschaftsthemen. Kernelemente des Eurokrisenmanagements, wurden mit den Stimmen von EVP, ALDE und ECR und gegen die S&D verabschiedet. Bei Wirtschaftsthemen stimmten die S&D und die Grünen nur in rund 70% der Fälle mit EVP und ALDE. Bei Justizthemen bildete sich hingegen häufig eine linksliberale Mehrheit gegen die EVP. Signifikante Unterschiede gab es auch bei Klima- und Umweltfragen. Zwar ist es noch zu früh, daraus eine durchgehende Links-Rechts-Dynamik abzuleiten, doch zeichnet sich eine Entwicklung ab.

In der ablaufenden Legislaturperiode hat sich die Zusammensetzung der Fraktionen verändert. Die Gründe: Auflösung alter oder die Schaffung nationaler Parteien, deren Europaabgeordnete teilweise die Fraktion wechselten und der Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union im Juli 2013. Das grundsätzliche Kräfteverhältnis blieb jedoch unverändert.

Obgleich sich die Abgeordneten der 13 „neuen“ Mitgliedstaaten in der vergangenen Legislaturperiode zunehmend in die Arbeit der Fraktionen einbrachten, stellen (laut einer Untersuchung von VoteWatchEurope) nach wie vor überdurchschnittlich häufig Abgeordnete der alten Mitgliedstaaten die Berichterstatter. Bei Themen, in denen das EP im Mitentscheidungsverfahren beteiligt ist, traten insbesondere die deutsche und die britische Delegation aktiv in Erscheinung. Bei den Ausschussvorsitzen waren die neuen Mitgliedstaaten in der abgelaufenen Legislaturperiode unterrepräsentiert.

Insgesamt hat das Europäische Parlament durch den Lissabon-Vertrag an Bedeutung

und Prestige, aber auch an Professionalität gewonnen. Diese Aufwertung spiegelt sich auch in der hochrangigen Besetzung der Wahllisten wider. Insgesamt treten sieben EU-Kommissare bei den Europawahlen an – Viviane Reding (EVP, Luxemburg), Janusz Lewandowski (EVP, Polen), Antonio Tajani (EVP, Italien), Olli Rehn (ALDE, Finnland), Karel de Gucht (Belgien, ALDE), Maros Sefcovic (Slowakei, S&D), Neven Mimica (Kroatien, S&D). Darüber hinaus finden sich unter den neuen Kandidaten u.a. ehemalige Premierminister, wie z. B. Valdis Dombrovskis (Lettland, EVP), der vormalige niedersächsische Ministerpräsident David McAllister und Minister (auf Seiten der EVP u. a. Brian Hayes, Irland, Steven Vanackere, Belgien). Gleichzeitig werden viele erfahrene Politiker ausscheiden, die das Europäische Parlament seit Jahrzehnten geprägt haben. Das EP nimmt verstärkt die im durch den Lissabon-Vertrag zugestandenen Befugnisse beim Agenda Setting wahr: So veröffentlichte das Europäische Parlament zwei Monate vor den Wahlen eine eigene Studie mit konkreten Vorschlägen in rund 20 Politikbereichen für die kommende Legislaturperiode (2014-2019).²

Spitzenkandidaten und Programme

Ein indirekter Effekt des Lissabon-Vertrags: Erstmals treten fünf europäische Parteienfamilien mit Spitzenkandidaten an.

Die EVP wählte auf ihrem Kongress am 6./7. März in Dublin den langjährigen luxemburgischen Premierminister und Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker zu ihrem Spitzenkandidaten. In der Wahl setzte er sich bei den Delegierten gegen den französischen Binnenmarktkommissar Michel Barnier durch. Kurz vor dem Kongress hatte der lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis seine Kandidatur zurückgezogen.

Am 1. März wählten die europäischen Sozialisten den amtierenden Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, zu ihrem Spitzenkandidaten. Die Kandidatur

² Mapping the costs of non Europe, 2014-2019, März 2014.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de/bruessel

Schulz' wurde weder von den nordeuropäischen Sozialisten noch von der britischen Labour Party unterstützt.

Am 1. Februar kürten die Liberalen den vormaligen belgischen Premier Guy Verhofstadt zu ihrem Spitzenkandidaten. Unterstützt wird er von dem finnischen Kommissar Olli Rehn. Sowohl die britischen als auch die nordeuropäischen Parteien, aber auch die FDP standen Verhofstadts Kandidatur ursprünglich skeptisch gegenüber.

Die Grünen treten mit einer Doppelspitze, bestehend aus der Deutschen Ska Keller und dem französischen Globalisierungskritiker José Bové, an. Beide setzten sich in europaweit online durchgeführten Urwahlen durch. An der sogenannten ‚Green Primary‘ beteiligten sich allerdings nur 23 000 von 380 Millionen europäischen Wahlberechtigten bzw. 200 000 Mitgliedern Grüner Parteien in Europa.

Die Europäischen Kommunisten kürten ihren Spitzenkandidaten, den Griechen Alexis Tsipras, auf ihrem Kongress im Dezember 2013 in Madrid.

Die ECR und die EFD stellten keinen Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten auf. Begründung: die Aufstellung von Spitzenkandidaten für den Kommissionspräsidenten sei Betrug am Wähler und würde nur der Idee eines föderalen Europas Vorschub leisten.

Im Vorfeld der Wahl fanden insgesamt elf Debatten zwischen den Kandidaten statt, fünf davon waren Duelle zwischen Jean-Claude Juncker und Martin Schulz. Nur eine Debatte (am 15. Mai im EP) versammelte alle fünf Spitzenkandidaten.

Fünf europäische Parteienfamilien (EVP, S&D, Liberale, Grüne und Kommunisten) präsentierten in den Monaten zuvor Parteiprogramme oder Wahlmanifeste(= Kompromisstexte, die aufgrund der geographischen und ideologischen Vielfalt innerhalb der Parteienfamilien weniger klar und detailliert sind als nationale Parteiprogramme).

In einigen Punkten unterscheiden sich die Parteienfamilien deutlich. Besonders bei der Haushalts- und Wirtschaftspolitik werden diese Unterschiede deutlich: Die EVP und die Liberalen stehen für Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen. Die EVP setzt sich zudem für verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung sowie für die Schaffung wirksamer Instrumente zur Einhaltung von Haushalts- und Steuerdisziplin ein. Zudem will sie die Bedingungen für kleine- und mittelständische Unternehmen verbessern und die industrielle Basis stärken. Sozialisten und Grüne lehnen hingegen eine „ausschließlich auf Sparmaßnahmen“ basierte Politik ab und fordern mehr Spielräume. Die Grünen fordern darüber hinaus die Einführung von Eurobonds. Das Manifest der Sozialisten spricht etwas allgemeiner von „neuen Instrumenten“ zur Bewältigung der Staatsschulden. Das Wort „Reform“ fällt kein einziges Mal. Stattdessen setzen sie auf den Kampf gegen Steuerbetrug. Die linksextreme GUE/NGL fordert die Abschaffung des Fiskalpakts und die Verstaatlichung von Banken und Energieversorgern, die Kündigung des Euratomvertrags und die faktische Abschaffung des Binnenmarkts. Die deutschen Grünen und die „Die Linke“ wollen über Beschlussfassung im europäischen Parlament die anderen europäischen Staaten zum Ausstieg aus der Kernenergie zwingen.

Merkliche Unterschiede gibt es auch in anderen Politikfeldern, etwa beim transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP): Die Liberalen fordern eine rasche Umsetzung von TTIP, die EVP begrüßt das Handelsabkommen, besteht aber auf die Wahrung europäischer Standards, Schulz und die Sozialisten stellen hingegen ausführliche Bedingungen an die USA, die Grünen lehnen das Freihandelsabkommen in seiner jetzigen Form ab und die Linken wollen die Verhandlungen komplett einstellen.

Nach wie vor fokussiert sich der Wahlkampf auf nationale Parteien und Kandidaten und nicht die Programme und Persönlichkeiten der europäischen Parteien. In vielen Ländern sind die Spitzenkandidaten daher auch kaum bekannt. Sicherlich führten die Spitzenkandidaten die TV-Debatten nicht mit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de/bruessel

derselben Härte und Deutlichkeit wie man es in den meisten Mitgliedstaaten gewohnt ist, sicherlich ist die Unterscheidung der Kandidaten auf nationaler Ebene einfacher. Dennoch erfuhr – dank jener TV-Debatten – der Europawahlkampf medial deutlich mehr Aufmerksamkeit als noch 2009. Der Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit ist noch weit: Die sehr enttäuschende Resonanz auf die Urwahl zur Bestimmung der Spitzenkandidaten der Grünen ist ein Beispiel dafür.

Es bleibt abzuwarten, ob diese erhöhte Aufmerksamkeit zu einer höheren Wahlbeteiligung führen wird. Ein Absinken unter die Marke von 2009 (43%) wäre eine schwere Enttäuschung und würde die Bemühungen zur Führung eines wirklich europäischen Wahlkampfs stark beschädigen. Ein signifikanter Anstieg der Wahlbeteiligung wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung der demokratischen Legitimität der EU-Institutionen.

Ausblick

Nach dem 25. Mai konstituiert sich das neue Europäische Parlament. Danach steht die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission an.

1. Fraktionsbildung

Die konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments findet am 1. Juli statt. Bis zu diesem Zeitpunkt muss die Fraktionsbildung abgeschlossen, müssen die Kandidaten für das Präsidium des Parlaments einschließlich der Quästoren und der Kandidaten für die Ausschussvorsitze nominiert und muss die interne Aufgabenverteilung geregelt sein.

Angesichts des geringen Abstands zwischen der EVP und den Sozialisten, wird am Morgen des 26. Mai möglicherweise noch nicht feststehen, wer in der kommenden Legislaturperiode die stärkste Fraktion im kommenden EP stellt. Grund: Einige (in der Regel) neue Parteien haben sich noch nicht endgültig festgelegt, welcher Fraktion sie in der neuen Legislaturperiode angehören wollen. In den Wochen nach den Europawahlen ist mithin eine Veränderung der Fraktionsgröße und die Bildung neuer politischer

Gruppierungen zu erwarten. Einige Prognosen erwarten bis zu 13% (vorerst) fraktionslose Abgeordnete, von denen sich wohl die Hälfte bis zwei Drittel einer Fraktion anschließen wird. Davon könnten neben den rechten und linken populistischen und anti-europäischen Fraktionen wohl auch Liberale und Grüne profitieren. Bis zum 24. Juni sollte die Fraktionsbildung abgeschlossen sein. Die Fraktionsstärke ist nach wie vor entscheidend, wenn es um die Verteilung von Ämtern wie den Vizepräsidenten des EP oder die Vorsitze von Ausschüssen geht. Die Zahl der Ausschüsse bleibt konstant. Die Befugnisse sollen sich nur geringfügig ändern.

2. Wahl des Europäischen Kommissionspräsidenten

Gemäß dem Lissabon-Vertrag „schlägt [der Europäische Rat] dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder“ (Artikel 17 Abs. 7 EUV). Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament interpretieren diese Passage unterschiedlich. Vertreter des Europäischen Parlaments (EP) leiten daraus ab, dass der Kommissionspräsident notwendigerweise einer der Spitzenkandidaten sein muss. Grund: Der Vertrag spricht von Vorabkonsultationen zwischen Europäischen Rat und EP und von der notwendigen Rücksichtnahme auf das Wahlergebnis. Zudem argumentiert das EP, dass das Ziel des Lissabon-Vertrags die Veränderung der Dynamik zwischen den EU-Institutionen zugunsten des Europäischen Parlaments gewesen sei. Vertreter der Mitgliedstaaten, die Bundeskanzlerin und auch der Präsident des Europäischen Rates Herman van Rompuy sehen dies anders. Sie betonen das im Vertrag festgelegte Vorschlagsrecht des Rates. Hintergrund: Die Besetzung des Amtes wird letztlich Teil einer Paketlösung und auch von der Besetzung anderer europäischer und internationaler Führungspositionen abhängig sein. Dazu gehören dann u.a. auch die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de/bruessel

Ämter des Präsidenten des Europäischen Rates, des Hohen Vertreters sowie möglicherweise auch des Chefs der Eurogruppe. Darüber hinaus betont Herman van Rompuy die Bedeutung einer breiten Rückendeckung für den Kandidaten sowohl im EP als auch im Europäischen Rat.

Für den sozialistischen Spitzenkandidaten kommt erschwerend hinzu, dass seine eigene Regierung, die ja von der Union geführt wird, ihn de facto auch stützen müsste. Im Kanzleramt hüllt man sich in dieser Frage in Schweigen. Die Union möchte auch weiterhin den deutschen Kommissar stellen. Nach der Wahl wird es dazu Gespräche zwischen den Koalitionspartnern geben. Der liberale luxemburgische Ministerpräsident Bettel hingegen teilte bereits mit, seine Regierung würde im Fall eines Wahlsiegs der EVP Jean-Claude Juncker benennen, obwohl dessen konservative CSV in Luxemburg in der Opposition ist.

Die EP-Fraktionen und die Spitzenkandidaten selbst haben jedoch bereits mehrfach deutlich gemacht, in dieser Frage hart bleiben zu wollen. Neben dem Verweis auf Text und Geist des Lissabon-Vertrags führen Vertreter des EP das Argument der Glaubwürdigkeit ins Feld: Zuerst Spitzenkandidaten aufzustellen und diese dann bei der Amtsvergabe zu übergehen, sei ein Betrug am Wähler und würde die Bemühungen um eine Stärkung der demokratischen Legitimierung der EU-Institutionen nachhaltig beschädigen.

Am 27. Mai werden die Staats- und Regierungschefs zu einem informellen Abendessen zusammenkommen, um den Ausgang der Wahl zu diskutieren und Präsident van Rompuy ein Mandat für Unterredungen mit dem Parlament für die Wahl des neuen Kommissionspräsidenten zu geben. Bereits am Morgen des 27. Mai werden sich die Fraktionsvorsitzenden des EP zusammensetzen, um gleichfalls das Wahlergebnis zu analysieren und dem Europäischen Rat dann eine gemeinsame Position zu übermitteln.

Es ist nicht anzunehmen, dass der Europäische Rat bereits am 27. Mai seinen Kandidaten bekannt gibt, angesichts der unter-

schiedlichen Auffassungen sind längere Verhandlungen nicht auszuschließen. Wahrscheinlich ist eine Nominierung beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 27. Juni. Trotz seiner wiederholten Zweifel an der Bindungswirkung der Spitzenkandidatur hat Herman van Rompuy seinen Willen betont, einen Kompromiss mit dem EP zu erreichen. Die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das EP könnte im Idealfall bereits am 15./16. Juli erfolgen, allerdings rechnen einige Beobachter – wie schon 2009 – auf eine Verschiebung der Wahl auf die Zeit nach der Sommerpause.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de/bruessel

Letzte Prognosen (Auswahl)

Institut	EVP	S&D	ALDE	Grüne /EFA	ECR	EFD	GUE/ NGL	NI/a nde- re	Sitze Ges.
EP (12.05.)	221	194	62	52	44	33	45	100	751
EP (19.05)	217	199	61	50	42	33	46	103	751
Pollwatch (20.05.)	217	201	59	44	42	40	53	95	751
Pollwatch* (20.05)	218	201	70	42	45	66	55	54	751

* pollwatch kalkulierte hier mögliche Wechsel von Fraktionslosen in bestimmte Fraktionen ein, bei den NI würden 38 auf die European Alliance for Freedom entfallen

Aufschlüsselung nach Mitgliedstaaten (Basis: Pollwatch 20.05.2014)

	EVP	S&D	ALDE	Grüne EFA	ECR	EFD	GUE/ NGL	NI	Sitze gesamt
Belgien	4	5	4	6	0	0	1	1	21
Bulgarien	6	6	2	0	0	0	0	3	17
Dänemark	0	3	4	1	0	4	1	0	13
Deutschland	37	27	4	11	0	0	8	9	96
Estland	1	1	3	1	0	0	0	0	6
Finnland	4	2	2	1	0	3	1	0	13
Frankreich	20	14	6	5	0	1	5	23	74
Griechenland	6	2	0	0	0	1	8	4	21
Irland	4	0	3	0	0	0	3	1	11
Italien	20	27	0	0	0	4	3	19	73
Kroatien	5	2	2	1	0	0	1	0	11
Lettland	2	1	0	0	1	0	2	2	8
Litauen	1	5	2	0	1	2	0	0	11
Luxemburg	3	1	1	1	0	0	0	0	6
Malta	3	3	0	0	0	0	0	0	6
Niederlande	3	3	9	1	3	0	3	4	26
Österreich	5	5	2	2	0	0	0	4	18
Polen	20	8	1	0	17	0	0	5	51
Portugal	8	10	0	0	0	0	3	0	21
Rumänien	11	15	6	0	0	0	0	0	32
Schweden	5	6	3	3	0	0	2	1	53
Slowakei	4	6	0	0	1	1	0	1	13
Slowenien	5	1	1	0	0	0	0	1	8
Spanien	21	18	2	4	0	0	5	4	54
Tschechien	3	4	0	0	2	4	0	8	21
Ungarn	13	3	0	1	0	0	0	4	21
UK	0	22	2	6	17	24	1	1	73
Zypern	3	1	0	0	0	0	2	0	6
EP Gesamt	217	201	59	44	42	40	53	95	751